



Interpellation Nr. 101 2004/2008

Eingang Stadtkanzlei: 3. Oktober 2005

Zur städtischen Bewilligungspraxis bei Events, am Beispiel „Reuss-Sprint“

Die Zahl der geplanten und durchgeführten Anlässe in der Stadt Luzern, vor allem im Stadtzentrum, ist in den letzten Jahren stark gestiegen und steigt weiter. Dadurch besteht ein Interessenkonflikt zwischen den Stadtbewohnern einerseits und zwischen den Veranstaltern und den Besucherinnen und Besuchern eines solchen Anlasses andererseits.

Für Luzern als Touristenstadt sind die meisten dieser Veranstaltungen attraktiv. Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei der Stadt Luzern als zuständige Behörde für die Vergabe des öffentlichen Grundes versucht nun offenbar, die Zahl der Anlässe in den Griff zu bekommen.

Der Ruderclub Reuss ersuchte die zuständige Stelle um Erteilung einer Bewilligung für die Durchführung des Anlasses „Reuss-Sprint“, den er nach einer erfolgreichen ersten Durchführung 2004 im September 2005 wiederholen wollte. Gleichzeitig mit der Bewilligung erhielt der Ruderclub Reuss die schriftliche Mitteilung, dass von einer Ablehnung des Gesuches nur abgesehen worden sei, weil die Vorbereitungsarbeiten für die Veranstaltung schon sehr weit fortgeschritten seien. In Zukunft könne der zweifelsohne attraktive Anlass nicht jährlich bewilligt werden. Der Gesuchsteller solle künftig dafür einen Vier- oder Fünfjahresrhythmus vorsehen.

Wir möchten nun vom Stadtrat wissen:

1. Wie kommt es, dass die Bildungsdirektion den Reuss-Sprint auf S. 63 des Berichtes über die Sportförderung in der Stadt Luzern als jährlichen Anlass aufführt, die Sicherheitsdirektion in Zukunft eine jährliche Durchführung aber ablehnt?
2. Wurde die Sicherheitsdirektion in die Erarbeitung des Kapitels Sport und Events dieses Berichtes (Kapitel 6) miteinbezogen? Wenn nein, weshalb nicht?
3. Nach welchen Kriterien werden die Gesuche für einen Anlass auf öffentlichem Grund in der Stadt Luzern beurteilt?

4. Welches sind die Kriterien für den Entscheid, wie oft bzw. in welchem Rhythmus eine Veranstaltung auf öffentlichem Grund durchgeführt werden darf?

Christoph Brun
namens der FDP-Fraktion